1.1. 1. DB zur StPO

tung der Durchsetzung gerichtlicher Entscheidungen:

- die Kontrolltermine, die der Vorsitzende bei der Verwirklichung einer Verurteilung auf Bewährung oder Strafaussetzung auf Bewährung, der Auferlegung besonderer Pflichten gegenüber Jugendlichen und der öffentlichen Bekanntmachung bestimmt.
Die Straftaten sind dem Vorsitzenden rechtzeitig vorzulegen;
- den Eingang des Nachweises der Zustellung des Verwirklichungsersuchens.

3. Verwirklichungsersuchen

3.1. Für jeden Verurteilten sind gesonderte Verwirklichungsersuchen gemäß § 2 der 1. DB zur StPO zu fertigen

3.2. Die Angaben für das Verwirklichungsersuchen sind aus der Entscheidung des Gerichts zu entnehmen. Bei Strafen mit Freiheitsentzug sind auch das Untersuchungsorgan, das die Ermittlungen geführt hat, dessen Tagebuch-Nr. sowie die Personenkennzahl (PKZ) des Verurteilten auf dem Verwirklichungsersuchen anzugeben.

3.3. In den Fällen des § 2 Abs. 3 der 1. DB zur StPO ist das Verwirklichungsersuchen auf die Ausfertigung der Entscheidung bzw. der Entscheidungsformel mit dem Auszug aus den Gründen aufzudrucken (Muster siehe Anlage 1). Die vom jeweiligen Organ zu verwirklichende Maßnahme ist hervorzuheben.

3.4. In den übrigen Fällen ist für das Verwirklichungsersuchen der Vordruck „Verwirklichungsersuchen“ (Best.-Nr. 22052) zu verwenden. In ihm ist die gesamte Entscheidungsformel aufzunehmen. Die Aufnahme der Verurteilung zu Schadensersatz kann unterbleiben. Die vom jeweiligen Organ zu verwirklichende Maßnahme ist hervorzuheben.

3.5. Wurde bei Strafen mit Freiheitsentzug Sicherheit gemäß § 136 StPO geleistet, ist dies im Verwirklichungsersuchen zu vermerken. Hat in diesen Fällen der Verurteilte dem Gericht einen Zustellungsbevollmächtigten benannt, ist die zuständige Untersuchungshaftanstalt hiervon zu informieren: Diese informiert das Gericht, ob der Verurteilte zum Strafakttritt erschienen ist oder nicht.

3.6. Zuständige Untersuchungshaftanstalt nach § 3 der 1. DB zur StPO ist

- die Untersuchungshaftanstalt, in der sich der Verurteilte befindet,
- die Untersuchungshaftanstalt, die entsprechend einer Vereinbarung zwischen dem Direktor des Bezirksgerichts und dem Chef der BdVP für das Gericht festgelegt wurde, wenn sich der Verurteilte auf freiem Fuß befindet.

3.7. Wird mit einer erneuten Verurteilung gemäß § 358 StPO die Anordnung des Vollzugs der Freiheitsstrafe aus einer früheren Verurteilung auf Bewährung oder der Vollzug eines auf Bewährung ausgesetzten Freiheitsentzuges verbunden, sind alle Einleitungsunterlagen der zuständigen Untersuchungshaftanstalt gleichzeitig zuzustellen.

3.8. Unterbleibt eine Verbindung gemäß § 358 StPO und liegen Voraussetzungen für den Widerruf der Bewährungszeit vor, hat das Prozeßgericht dem Gericht, das für diese Entscheidung zuständig ist, unverzüglich nach Rechtskraft eine Ausfertigung der Urteilsformel zu übersenden und die zuständige Untersuchungshaftanstalt zu bezeichnen, der im Falle des Widerrufs das Verwirklichungsersuchen zuzustellen ist.

3.9. Bei Verkürzung, Aussetzung und Beendigung gerichtlicher Maßnahmen werden den für die Verwirklichung zuständigen staatlichen Organen und Einrichtungen die Entscheidungen des Gerichts zugestellt. Es bedarf keines Verwirklichungsersuchens. Der Ausfertigung der rechtskräftigen Beschlüsse in den Fällen des § 4 Ziff. 1 der 1. DB zur StPO ist in jedem Fall eine Entlassungsverfügung beizufügen.

3.10. Das Verwirklichungsersuchen ist, soweit in Rechtsvorschriften nichts anderes vorgesehen ist oder zwischen den beteiligten staatlichen Organen vereinbart wurde, an den Leiter des staatlichen Organs zuzustellen, das für die Verwirklichung der Maßnahme der strafrechtlichen Verantwortlichkeit oder einer anderen gerichtlichen Maßnahme zuständig ist.

5. Aktenabgabe

In den Fällen, in denen das Gericht nicht für die Verwirklichung zuständig ist, sind die Straftaten nach Einleitung der Durchsetzung und Eingang der Zustellungsnachweise für die Verwirklichungsersuchen dem zuständigen Staatsanwalt zu übersenden.